



akzept e.V.

Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit
und humane Drogenpolitik www.akzept.org

Presseerklärung

Anlässlich der Debatte zur Heroinsubstitution am 08.05.2008 im Bundestag veröffentlichte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk MdB, eine Erklärung der Drogenbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn MdB, deren Umgang mit Fakten nicht unwidersprochen bleiben darf.

Frau Eichhorn sagt: ‚Jeder der Hilfe braucht, erhält sie‘

Nach Frau Eichhorn sind die Ergebnisse des Modellprojektes zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger nicht überzeugend und *lassen keinen sicheren Schluss auf die Überlegenheit* der Heroinbehandlung gegenüber der Methadonbehandlung zu. Zudem spiele die Ausstiegsorientierung keine Rolle.

Frau Eichhorn ignoriert, dass die wissenschaftliche Qualität der Studie und ihrer Ergebnisse international bestätigt ist; sie übergeht die Zahlen, die von einer breiten Fachöffentlichkeit und der Mehrheit der politisch damit befassten als eindeutig positiv gewertet werden, z.B.:

- 12,6 Prozent der Patienten, die ihre Behandlung regulär beendeten, begannen entweder mit einer Abstinenztherapie oder schafften es ohne weitere Hilfe, abstinent zu leben.
- der Anteil der arbeitsfähigen Patienten, die Arbeit fanden, stieg von 29 Prozent auf 68 Prozent.
- Die Verwicklung in illegale Geschäfte sank von über 67 Prozent zu Beginn der Studie auf 7 Prozent.

Richtig ist, dass die Behandlung Abhängiger mit Methadon für viele Betroffene zu einer Stabilisierung und zur Rückkehr in einen ‚normalen‘ Alltag führt. Ebenso richtig ist, dass die Behandlung mit Methadon Grenzen hat und längst nicht für alle in Frage kommenden Patienten wirksam und hilfreich ist.

Frau Eichhorn übergeht ferner, dass mit der Heroinbehandlung schwerstabhängige Patienten erreicht werden sollen und können, die bereits erfolglos andere Therapien inklusive der Methadonbehandlung durchlaufen haben oder die für die Methadonbehandlung nicht erreichbar sind.

Es geht nicht um die Überlegenheit der Behandlung mit Diamorphin, sondern um ein dringend benötigtes weiteres medikamentöses Angebot für Schwerstbetroffene, für die es keine andere wirksame Überlebenshilfe gibt.

Frau Eichhorn empfiehlt: Im Hinblick auf Kosten und Nutzen sollten deshalb zunächst alle *Möglichkeiten einer verbesserten Methadonbehandlung ausgeschöpft werden.*

Es sollte selbstverständlich sein, dass an jeder Behandlungsform die möglichen Verbesserungen vorgenommen werden – gerade akzept e.V. bemüht sich aktuell um praxisgerechte Verbesserungen der Substitutionsbehandlung.

Dies kann aber doch nicht bedeuten, dass erwiesene sinnvolle weitere suchtmmedizinische Behandlungsformen deswegen unterlassen werden. Das eine (wirksame) tun, ohne das andere (wirksame) zu lassen, ist die Devise erfolgreicher Suchtpolitik!

akzept e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik , www.akzept.org

Geschäftsführung:

Christine Kluge Haberkorn, Südwestkorso 14 | D-12161 Berlin | Fon: 030-82706946 | akzeptbuero@yahoo.de

Vorstand: Prof.Dr. Heino Stöver, Bremen | Dirk Schäffer, Berlin | Urs Köthner, Bochum

Beisitzer: Joachim Sieler, Hechingen | Dr. Joachim Eul, Berlin

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Konto 3222500 BLZ 100 205 00

Frau Eichhorn sagt:

In Zeiten knapper Kassen können wir unseren Mitbürgern nicht zumuten, die Kosten für ein Behandlungssystem aufzubringen, dessen Nutzen nicht erwiesen und dessen Behandlungsdauer völlig offen ist.

Sie nennt eine Zahl von bis zu 80.000 Abhängigen, die Anspruch auf Behandlung mit Diamorphin haben könnten. (Diese Zahl wird von Vertretern der Krankenkassen ‚hochgerechnet‘).

Hier hat sie wohl die Aussagen der Sachverständigen in der Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit am 19.09.2007 nicht registriert:

Prof. Dr. Haasen (ZIS Hamburg) sah ebenso wie Dr. Behrendt (DGS) und Dr. Rheinberger (KBV) sowie die Vertreter der am Modellversuch beteiligten Städte nach den Erfahrungen im eigenen Modellversuch und denen aus den Niederlanden und der Schweiz keine Gefahr für einen ‚Ansturm‘ auf die Behandlung mit Diamorphin; die Zielgruppe der schwerst – vornehmlich älteren - Opiatabhängigen ist begrenzt und ohnehin schwer erreichbar. Zudem steht vor der Behandlungsaufnahme die ärztliche Indikation

Die Kassen der Mitbürger sind ein beliebtes Argument, wenn sonstige Sachargumente fehlen. Nur: die Kosten der Diamorphinbehandlung müssen gegengerechnet werden mit der Belastung der Bürger durch Beschaffungskriminalität, Krankheit, Therapiekosten, Verelendung und Versorgungsbedarf der Abhängigen.

Mitmenschen, die unter gesellschaftlich anerkannteren chronischen Krankheiten leiden, wird die adäquate medizinische Behandlung auch nicht verweigert mit Hinweis auf die offene Behandlungsdauer und den ungewissen Ausgang der Behandlung.

Frau Eichhorn sagt: Die Weiterbehandlung der Patienten ist auch ohne die von der Opposition geforderte gesetzliche Überführung in die Regelversorgung sichergestellt.

Das ist nicht richtig. Ohne die Förderung des Bundes bzw. die Übernahme der Behandlungskosten durch die Krankenkassen werden die Städte mittelfristig die Kosten dieser Behandlung nicht alleine tragen können und die Projekte nach und nach einstellen. Die ersten Programme laufen Mitte des Jahres aus. Mit der fehlenden Perspektive der Finanzierung über die Krankenkassen, werden die Städte sukzessive aussteigen. Ohne ein Gesetz gibt es für die Städte auch kein Zeichen, keine politische Willenserklärung, dass sich an der jetzigen Situation irgendwann etwas ändert.

Der unionsdominierte Bundesrat hat aus den Erfolgen der Diamorphinbehandlung die richtige Schlussfolgerung gezogen und mit der überwältigenden Mehrheit von 13 Ländern einen Gesetzentwurf zur diamorphingestützten Behandlung beschlossen.

Die Sicht Frau Eichhorns auf die Patientengruppe der Schwerst-Drogenabhängigen scheint von von ideologischen Zwängen verstellt, die Würde des Menschen scheint im passenden Fall doch angreifbar zu sein?.

Wie ist die Selbstaussage auf Ihrer website zu verstehen:

„Die menschliche Würde von Anfang bis zum Ende des Lebens steht für mich im Mittelpunkt und prägt mein politisches Handeln.“

Es kann nicht sein, dass dringend benötigte, wissenschaftlich als erfolgreich bewiesene suchtmmedizinische Fortschritte, die von den Bundesländern als förderungswürdig erachtet werden, am Unwillen oder Unverständnis Einzelner oder deren ideologischer Blockaden scheitern.

Berlin, 15.05.2008

akzept e.V.

Christine Kluge Haberkorn, Geschäftsführung
für den Vorstand

Zitate: Protokolle der 62.Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und der 160.Sitzung des Deutschen Bundestages

akzept e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik , www.akzept.org
Geschäftsführung:

Christine Kluge Haberkorn, Südwestkorso 14 | D-12161 Berlin | Fon: 030-82706946 | akzeptbuero@yahoo.de

Vorstand: Prof.Dr. Heino Stöver, Bremen | Dirk Schäffer, Berlin | Urs Köthner, Bochum

Beisitzer: Joachim Sieler, Hechingen | Dr. Joachim Eul, Berlin

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Konto 3222500 BLZ 100 205 00